

Dresdner Neueste Nachrichten, 10.01.2011, **Bündnis Dresden-Nazifrei ruft zu Blockaden am 19. Februar auf**, sl,

<http://www.dnn-online.de/dresden/citynews/buendnis-dresden-nazifrei-ruft-zu-blockaden-am-19-februar-auf/r-citynews-a-18374.html>

Dresden. Die Organisatoren des Bündnisses Dresden-Nazifrei wollen ihre Aktionen zur Blockade der Naziaufmärsche im Februar in Dresden auf den 19. Februar konzentrieren. Es zeichne sich ab, dass an diesem Tag mit mehr Nazis zu rechnen sei. Sowohl am 19. als auch am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, sind Demonstrationen der Rechten angemeldet.

Für beide Termine eine große Gegenveranstaltung mit mehreren Tausend Teilnehmern zu organisieren, sei nicht machbar, sagte Stefan Thiele, Sprecher des Aktionsbündnisses, am Montag. Am 13. Februar sei momentan ein Fackelmarsch der Rechten geplant. Da der symbolträchtige Tag in diesem Jahr aber auf einen Sonntag fällt, rechne man eher mit einer regionalen Aktion und vergleichsweise geringer Beteiligung. „Wir wollen auch an diesem Tag nicht untätig bleiben“, so Thiele. Daher seien vor allem die Dresdner aufgerufen, sich der Nazi-Demo entgegenzustellen.

Für den 19. Februar würden die Rechten hingegen bundesweit zur Anreise nach Dresden aufrufen. Daher sollten auch die Gegendemonstranten aus ganz Deutschland an diesem Tag nach Dresden kommen, so Thiele. Das Bündnis ruft „bundesweit zur Verhinderung des Naziaufmarschs mittels Massenblockaden“ auf.

Im Vorjahr hatten Zehntausende Gegendemonstranten die Nazis daran gehindert, vom Neustädter Bahnhof aus durch Dresden zu marschieren. Allerdings hatte die Blockade der angemeldeten und genehmigten Demonstration eine lebhafte Debatte über die Legalität der Aktion ausgelöst. Zeitgleich hatten zahlreiche prominente Dresdner mit einer Menschenkette in der Innenstadt gegen die Vereinnahmung des Tages durch die Rechtsradikalen protestiert. Die Aktion soll in diesem Jahr am 13. Februar wiederholt werden.

Dresden Fernsehen, 10.01.2011, **Termin für Massen-Demo gegen Europas größten Naziaufmarsch in Dresden steht fest**, Quelle: Bündnis Nazifrei Dresden,

<http://www.dresden-fernsehen.de/default.aspx?ID=6090&showNews=912769>

'Wir rufen bundesweit auf, am 19. Februar 2011 nach Dresden zu kommen. Wir werden gemeinsam durch Aktionen des zivilen Ungehorsams den Naziaufmarsch blockieren", so das Bündnis Nazifrei.

Offizieller Aufruf des Bündnis Nazifrei Dresden, 10. Januar 2011:

Das Bündnis »Nazifrei! - Dresden stellt sich quer« ruft für den 19. Februar 2011 bundesweit zur Verhinderung des Naziaufmarsches mittels Massenblockaden auf. Für den 13. Februar ruft das Bündnis dazu auf, sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen dem Fackelmarsch der Nazis entgegenzustellen. „Wir halten an unserem erklärten Ziel fest, Europas größten Naziaufmarsch mittels Massenblockaden zu verhindern. Deshalb rufen wir bundesweit dazu auf, am 19. Februar 2011 nach Dresden zu kommen und mit uns gemeinsam durch Aktionen des zivilen Ungehorsams den Naziaufmarsch endgültig Geschichte werden zu lassen“, so Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnis. Die Nazis mobilisieren an diesem Tag bundes- und europaweit nach Dresden, um ihr geschichtsrevisionistisches Gedenken an die Bombardierung Dresdens zu begehen. Für den Tag sind mehrere Kundgebungen angemeldet. »Nazifrei! - Dresden stellt sich quer« richtet den Fokus seines Protests auf dieses Datum, um die zentrale Veranstaltung der Nazis zu verhindern.

„Am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, planen vor allem Nazis aus dem Dresdener Raum einen Trauermarsch. Auch an diesem Tag werden wir mit vielfältigen, dezentralen und bunten Aktionen in Dresden präsent sein und die Nazis nicht ungestört lassen. Durch eine Begehung der Orte der Täter und durch das Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus greifen wir in den Gedenkdiskurs ein und protestieren so gegen das Geschichtsrevisionismus der Nazis.

Wir wenden uns vor allem an die Dresdnerinnen und Dresdner und alle Menschen in der Region, sich mit uns am 13. Februar lautstark den Nazis entgegenzustellen.“

Mitteldeutscher Rundfunk, 10.01.2011, **Sachsen will keine NPD-Volkszähler**, -, <http://www.mdr.de/sachsen/8083894.html>

Vier Monate vor der Volkszählung fordert das sächsische Innenministerium von den Behörden größte Sorgfalt bei den Vorbereitungen. Grund ist ein Aufruf der rechtsextremen NPD an ihre Anhänger, sich als Interviewer zu bewerben. Das Ministerium will laut Sprecher Frank Wend unbedingt verhindern, dass die NPD auf diese Weise an die sensiblen Daten gelangt. "Die mit der Befragung der Bürger Beauftragten dürfen mit ihrer Arbeit keine politischen Ziele verfolgen", sagte Wend am Sonnabend in Dresden. Die Erhebungsstellen für den "Zensus 2011" seien schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen worden, bei der Auswahl der Helfer darauf zu achten. Zudem würden sie bei Schulungen darüber belehrt.

NPD plant eigene Marktforschung

Die sächsische NPD hatte kürzlich ihre Anhänger aufgefordert, sich als "Volkszähler" zu melden. Einen ähnlichen Aufruf gab es auch in Nordrhein-Westfalen. Die Partei will damit unter anderem einen Grundstein für eine NPD-"Marktforschung" und eine "ideale Wähleransprache" legen. Zudem wolle sie Eindrücke von den Lebensverhältnissen politischer Gegner gewinnen, hieß es in dem im Internet veröffentlichten Aufruf. "Das ist klarer Missbrauch", zeigte sich Wend empört. "Die Befragung der Bürger ist streng vertraulich." Ähnlich hatte sich auch schon das Statistische Landesamt geäußert.

Jeder zehnte Sachse wird befragt

In Sachsen soll ab dem Stichtag 9. Mai 2011 etwa jeder zehnte Einwohner befragt werden. Das sind 380.000 Menschen, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Teilnahme ist Pflicht. Die Volkszählung läuft dieses Mal nach einem neuen Verfahren ab. Demnach werden zunächst die Daten der Bürger ausgewertet, die den Behörden vorliegen. Um das Ergebnis zu überprüfen, werden Stichproben gemacht. Gefragt wird unter anderem nach persönlichen Daten, Bildungsstand und Beruf. Ziel dieser ersten gesamtdeutschen Erhebung ist, die Statistikregister der Behörden zu aktualisieren.

Mitteldeutscher Rundfunk, 10.01.2011, **Pirna sieht Erfolge im Kampf gegen Neonazis**, -, <http://www.mdr.de/sachsen/dresden/8072179.html>

Der neue Pirnaer Koordinator gegen Extremismus, Johannes Enke, sieht in der Region große Erfolge im Kampf gegen rechte Gewalt. "In den letzten Jahren ist es uns gelungen, die Problematik der rechtsextremistischen Gewaltdelikte deutlich zurückzudrängen", sagte Enke MDR INFO. 2005 habe man im Landkreis Sächsische Schweiz noch 29 solcher Gewalttaten verzeichnet, 2009 seien es nur noch acht gewesen und das im wesentlich größeren Kreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge.

Netzwerk koordiniert Initiativen

Enke führt dies auf den Aufbau eines gut funktionierenden Netzwerkes zurück, in dem Behörden sowie Initiativen und Vereine vernetzt seien und sich auf gleicher Augenhöhe verständigen und aktiv werden könnten. Seine Hauptaufgabe sieht er nun darin, dieses Netzwerk zu pflegen und weiter auszubauen. Enke räumte ein, dass die Problematik des Rechtsextremismus "sicher nie ganz vom Tisch verschwinden" werde. Deshalb müsse es als generelle Aufgabe begriffen werden, das demokratische Gemeinwesen zu stärken. Enkes Amtsvorgänger Thomas Gockel sagte, "wir sind mittlerweile stärker für Demokratie als gegen Rechtsextremismus unterwegs". Das Pirnaer Erfolgsmodell solle deshalb auf den ganzen Landkreis ausgeweitet werden.

Koordinator ist im Pirnaer Rathaus angesiedelt

Der Koordinator ist beim Fachdienst Demokratie und Prävention der Stadt Pirna angesiedelt, er wirkt aber über die Stadt hinaus. Die Stelle war 2005 geschaffen worden, als Pirna und Umgebung immer wieder als Hochburg von Rechtsextremen in die Schlagzeilen geriet. Der Koordinator stimmt seither das Vorgehen bei der Arbeit gegen extremistische Brennpunkte ab, ist Ansprechpartner für Schulen oder Jugendklubs mit Problemen und organisiert Hilfen. Bei ihm laufen auch die Fäden für Aktionen und Veranstaltungen zusammen. Er arbeitet zudem eng mit der sogenannten Steuerungsgruppe gegen Extremismus zusammen, in der neben den Oberbürgermeistern von Pirna und Freital auch Verfassungsschutz, Polizei, Bildungsagentur und Staatsanwaltschaft mitwirken.